

Ref IV / JgA

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

Betreff
Quartalsbericht I 2007 zum Sonderbudget 51500 – Erzieherische Hilfen

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

Beschlussvorschlag

Sachverhalt

1. Bericht zum Rechnungsergebnis 2006

2006 wurden mehr Hilfen – ohne Anstieg der Ausgaben – geleistet.

Die Ausgabenentwicklung konnte gegen den regionalen und bundesweiten Trend unter dem Vorjahresstand stabilisiert werden. Sie weist jedoch im langjährigen Mittel nach oben.

Der Einnahmeansatz konnte mit einem geringen Plus erwirtschaftet werden. Im langjährigen Mittel zeigt die Einnahmeschöpfung starke Schwankungen.

Solleinnahmen		Einnahmenüberschuss
Ansatz	2.016.710 €	
Rechnungsabschluss	2.095.376 €	+ 78.666 €
Sollausgaben		Ausgabenunterschreitung
Ansatz	11.554.710 €	
Rechnungsergebnis	11.546.150 €	+ 8.560 €
Zuschussbedarf		Unterschreitung des Zuschussbedarfs
Ansatz	9.538.000 €	
Rechnungsergebnis	9.450.774 €	+ 87.226 €

2. Allgemeines zu den Ausgaben für erzieherische Hilfen:

Eine Hilfe wird bedarfsorientiert nach gesetzlichen Vorgaben gewährt und darf nicht nach wirtschaftlichen Erwägungen ausgerichtet werden. Das JgA kann zwar die Belegung der Einrichtungen steuern, nicht jedoch den Grundbedarf und die Fallzahlenentwicklung, allenfalls indirekt über Prävention.

Der Hilfebedarf entwickelt sich dynamisch und das Fallzahlenvolumen ist insgesamt angestiegen. Es wurde versucht, die Heimunterbringungszahlen auf dem erreichten Niveau zu halten, während die ambulanten Hilfen weiter profiliert werden. Die Fallzahlen der teuren Fremdunterbringungen sind zurück gegangen. Im Gegenzug sind die ambulanten Hilfen gestiegen. Es laufen weitere Versuche, die Elternarbeit zu aktivieren.

Die Kostenplanung ist allerdings auch von Zufälligkeiten der zeitlichen Rechnungsstellung und von unwägbaren Verzögerungen bei anderen abrechnenden Jugendämtern und Einrichtungen abhängig.

Vor dem Hintergrund der „Wächterrolle“ des JgA muss bewusst mit Problematiken umgegangen und die Risikoschwelle niedrig gehalten werden, was zwangsläufig zu einer höheren Eingriffsquote führt. In den diesjährig „niedrigeren“ Ausgaben spiegelt sich einerseits der sehr bewusste Umgang der hilfeveranlassenden Mitarbeiter mit der Kostenentwicklung und andererseits ist dies auch ein Produkt der weiterentwickelten, differenzierten Leistungsangebote.

2.1 Darstellung der Ausgaben 2006 im Einzelnen:

Die Einzelposten können zwischen den einzelnen Hilfeformen erheblich differieren, je nach aktuellem Bedarf und pädagogischer Gewichtung. Zwischen einzelnen Positionen haben sich daher größere Verschiebungen ergeben, ohne das Gesamtbudget aus dem Gleichgewicht zu bringen. Dies ist Ausdruck einer kreativen Hilfestaltung.

2.1.1 Folgende überschrittene Ausgaben-Ansätze werden besonders erwähnt:

■ **Übernahme von Gebühren für Kindertagesstätten – Ansatz: 905.440 €, RE: 1.071.254 €**

Die Erhöhung bei UA 4541.7714 geht parallel zur allgemeinen Armutsdiskussion. Es wurden noch mehr Leute hilfebedürftig. Die Fallzahlen stiegen von 1411 (in 2004) auf 1856 (in 2006).

■ **Leistungen nach § 27 Abs. 2 SGB VIII – Ansatz: 0 €, RE: 45.578 €**

In UA 4550.7600 werden „nicht alltägliche Hilfen“ abgebildet, die keiner formalen Vorschrift zugeordnet werden können. Diese unkonventionellen Hilfen steigen an, weil klassisch definierte Hilfen oft zu wenig Spielraum lassen und über § 27 kreativ und günstiger gestaltet werden können.

■ **Sozialpädagogische Familienhilfen – Ansatz: 700.000 €, RE: 839.971 €**

UA 4554.7612 - Die Fallzahlen sind von 71 auf 92 betreute Familien und von 106 auf 151 Kinder gestiegen.

■ **Heilpädagogische Tagesgruppe – Ansatz: 926.000 €, RE: 1.124.862 €**

UA 4555.7713 - Im Vergleich zu 2004 sind die Fallzahlen von 55 Kindern auf 70 im Vorjahr und nun 78

Kinder gestiegen. Es handelt sich um teilstationäre Maßnahmen, die Familien erhalten und noch teurere Fremdplatzierung evt. verhindern kann. Diese Hilfeform wird derzeit besonders von Schulen häufiger eingefordert.

■ Kostenerstattung an andere Jugendämter für Heimunterbringungen – Ansatz: 297.362 €, RE: 353.636 €
UA 4557.6721 - Der Betrag richtet sich danach in welcher Höhe andere Jugendämter Hilfen gewähren und dann wegen des zwischenzeitlichen Wohnsitzwechsels der Sorgeberechtigten nach Fürth, hierher in Rechnung stellen. Wenn die Hilfe ordnungsgemäß gewährt wurde, besteht darauf kaum ein Einfluss. Einzelfälle können sehr hoch zu Buch schlagen.

2.1.2. Folgende Ausgaben-Ansätze wurden unterschritten:

■ Unterbringungskosten im Mutter-Kind-Heim – Ansatz: 253.390, RE: 176.218
UA 4534.7713 - Es haben sich mit 16 Fällen weniger als 2005 mit 20 Fällen ergeben.

■ Kostenübernahme in Tagespflege – Ansatz: 60.000, RE: 16.329 €
4542.7612 - Die qualifizierte Tagespflege wurde in Fürth ab 1.7.06 eingerichtet. Die Tagespflegepersonen mussten ein Qualifizierungs- und Anerkennungsprogramm durchlaufen, das sich länger hinzog als erwartet. Die Auszahlungsquote für qualifiziertes Tagespflegegeld lag daher unter der Erwartung.

■ Kosten in Heimen – Ansatz: 5.460.000 €, RE: 5.229.409 €
4557.7713 – Das Hilfevolumen hat sich von 2005 mit 53215 Falltagen auf 52386 Tage in 2006 reduziert.

■ Inobhutnahmen – Ansatz: 280.048 €, RE: 174.185 €
4565.7713 – Die Zahl der aus Notsituationen heraus untergebrachten Kinder hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 54 auf 48 reduziert. Diese Position kann jedoch kaum gesteuert werden, da hier Krisenhilfe erfolgt.

3. Allgemeines zu den Einnahmen:

Die Kostenbeiträge der Eltern wurden gesetzlich neu geregelt, in der Hoffnung, die Eltern stärker an den Kosten beteiligen zu können. Die Praxis hat zwischenzeitlich bundesweit gezeigt, dass der gegenteilige Fall eintritt und mit einem Rückgang der Einnahmen aus den Kostenbeiträgen zu rechnen ist. Bei Verstetigung der Refinanzierungsquote macht sich positiv bemerkbar, dass Stabilität in den Sachbearbeiterstrukturen, teambildende und qualitätsverbessernde Maßnahmen im Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe, trotz rückläufiger Konjunktur und Liquidität, greifen. Zwischenzeitlich wurde der Arbeitsstau, der in den Vorjahren zu überproportional realisierten Forderungsumsetzungen geführt hat, abgearbeitet.

Grundsätzlich gilt: Je nach Intensität der Kostensachbearbeitung ergeben sich Minder- oder Mehreinnahmen. Abhängig von Bearbeitungstiefe, Zeitverfügungsrahmen und Einarbeitungsgrad schlagen bereits Einzelfälle sehr hoch zu Buch. Als Nebeneffekt werden Ansprüche anderer Kostenträger mehr oder minder abgewehrt, was im Haushalt über geringere Ausgaben erscheint, jedoch nicht im Einzelfall dargestellt wird.

3.1 Darstellung der Einnahmen 2006 im einzelnen

3.1.1 Folgende Einnahme-Ansätze wurden nicht erreicht

■ Kostenerstattung von örtlichen Trägern – Ansatz: 500.000 €, RE: 105.697 €
4557.1625 Die Gelder stammen aus realisierten Kostenerstattungsansprüchen in den jeweiligen Hilfeformen gegenüber fremden Jugendämtern. Ansprüche entstehen, wenn z. B. Sorgeberechtigte von Fürth wegziehen und das JgA Fürth die Hilfen bis zur Fallübernahme weiter zu bezahlen hat. Wenn Hilfen zeitnah von anderen Jugendämtern übernommen und direkt geleistet werden, entstehen geringere Erstattungsansprüche. Dies ist auch ein Indikator für eine schnelle Fallabgabebearbeitung, was angestrebt

wird, um Kreditierungen für andere Träger zu vermeiden.

3.1.2 Bei folgende Einnahme-Ansätzen wurden höhere Einnahmen erzielt:

■ Kostenersatz in Familien und Einrichtungen – Ansatz: 553.710 €, RE: 707.265 €
4556.2411, 4557.2511, 4561.2511, 4565.2511 – Durch intensive Veranlagung der Eltern, auch durch den Einsatz der zu kompensierenden Stelle von Frau Schuh, konnten höhere Unterhaltersatzansprüche gegen die Unterhaltspflichtigen umgesetzt werden.

■ Kostenerstattung von anderen Jugendämtern – Ansatz: 17.900 €, RE: 134.003 €
4561.1625, 4566.1625 - Die Gelder stammen aus realisierten Kostenerstattungsansprüchen in den jeweiligen Hilfeformen gegenüber fremden Jugendämtern. Ansprüche entstehen, wenn z.B. Fälle vom JgA Fürth an andere Träger abgegeben werden und wir die Hilfen bis zur Fallübernahme weiter zu bezahlen haben. Zuständigkeitsstreitigkeiten verzögern oft die Fallabgabe. Hier handelt es sich um Eingliederungshilfen und Volljährigenhilfen, die hilfeartbedingt eine längere Bearbeitungszeit mit höherem Streitpotenzial und hohem Einzelfallwert aufweisen. Der Betrag kam nur durch einen einzigen Fall zustande.

■ Kostenerstattung von Land und Bezirk – Ansatz: 538.400 €, RE: 740.664 €
4557.1610, 4557.1611, 4557.1624 – Diese Zuweisungen, vglb. Schlüsselzuweisungen, bemessen sich nach der Zahl der Heimtage des Vorjahres in Bezug auf die Gesamtunterbringungstage aller Träger in Bayern. Aufgrund eines leichten Anstiegs ergab sich eine entsprechende Erhöhung. Dies ist nicht steuerbar.

4. Entwicklungsprognose 2007

4.1 Entwicklung der Fallzahlen:

Aufgrund der besonderen Ausgangslage dürfte es eine besondere Herausforderung werden, die im Vergleich zu anderen Trägern relativ geringere Inanspruchnahme der stationären Hilfen in den kommenden Jahren zu konsolidieren.

Ein verstärktes Angebot an niedrigschwelligen Hilfen sollte eine allgemeine Stabilisierung langfristig begünstigen.

Ergänzt kann dies werden durch die Unterstützung des Bildungs- und Integrationsbereichs, durch die Vermeidung von Ausgrenzungsprozessen und die Zusammenführung von Netzen benachbarter Systeme, z. B. in Form verstärkter Kooperation von Schule und Jugendhilfe.

Es wird mit einer Zunahme des Handlungsbedarfs gerechnet, was sich schon durch die derzeit in der allgemeinen Diskussion befindlichen Jugendhilfethemen in den Medien abzeichnet und insbesondere durch die Zunahme belasteter Sozialisationsbedingungen und den sozioökonomischen Wandel mit Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse belegen lässt. Die günstige Populationsrate in Fürth wird neben den erhöhten Chancen für die Zukunftsfähigkeit jedoch auch mittelfristig eine vergleichsweise überdurchschnittliche Ausgabenentwicklung im Jugendhilfesektor bedingen. Generell gilt, dass eine frühzeitige Förderung von Kindern und Familien spätere, aufwändigere Hilfeleistungen vermindert.

Bereits im 1. Quartal kann eine weitere Zunahme der Fallzahlen in den ambulanten Hilfen festgestellt werden.

4.2 Entwicklung der Ausgaben

Die Haushaltsansätze 2007 wurden bewusst knapp und optimistisch auf dem Vorjahresniveau kalkuliert. Bereits im Vorjahr 2005 ergaben sich bei den Ausgaben nur moderate Erhöhungen (8 %). Im regionalen und überregionalen Durchschnitt waren bei anderen Kommunen hier bereits wesentlich höhere Kostensteigerungen (bis zu 20 %) zu verzeichnen.

Bereits jetzt schon zeichnet sich für das Jahr 2007 ein höheres finanzielles Ausgabevolumen ab, als geplant:

- Die Mehrwertsteuererhöhung und voraussichtlich steigende Löhne bewirken eine Pflegesatzerhöhung.
- Die ambulanten Fallzahlen steigen dynamisch an.
- Im Rahmen einer progressiven Vermeidung von Kostenerstattungsansprüchen werden nicht eindeutige Forderungen einer gerichtlichen Klärung zugeführt. Es stehen in nächster Zeit einige Prozesse an, deren Ausgang nicht bestimmt vorhergesagt werden kann. In einem Verfahren wurde an das Jugendamt z.B. ein Erstattungsanspruch für die Zeit von 1996 bis 2003 herangetragen. Mit Urteil wurde nunmehr eine Leistungspflicht für die Zeit 2000 – 2003 festgestellt, was einer Zahlungsverpflichtung in diesem Einzelfall von alleine ca. 300.000 € entspricht. Die ursprüngliche Forderung hätte sich auf das doppelte belaufen. Dies belastet das Budget 2007 in unvorhergesehener Weise.
- Hinzu kommen nicht vorhersehbar teure Einzelfallhilfen und Hilfen in Familien mit mehreren Kindern, die ein Budget überproportional steigen lassen können (z.B. seit 2006: Kindersoldat aus Uganda mit HIV-Infektion, 2007 mehrere Familien mit 3 Kindern).
- In jüngster Zeit zeichnet sich allgemein verstärkt der Trend ab, die Jugendämter nach Auffassung der Gerichte als Ausfallbürgen für soziale Hilfen zu sehen, was sich in Kostenerhöhungen bei den Eingliederungshilfen und erzieherischen Hilfen für junge Volljährige niederschlagen wird.

Das Jugendamt arbeitet weiterhin an der Einführung von Instrumenten zur dauerhaft besseren Kostensteuerung z.B. Entwicklung von Qualitätskriterien, seit 1.1.07 umfassendes Berichtswesen zur Fallzahlenentwicklung mit Feststellung von Verweildauern und Zielerreichungsgraden, ab 1.1.08 Erweiterung des Focus auf umfassendes Berichtswesen Kostenentwicklung und Einstieg in den Wirksamkeitsdialog.

Eine gesicherte Prognose kann bis zum Ende 3. Quartal aufgrund der monatlich erstellten Trendmeldungen vorgelegt werden. Nach der fast 2-jährigen Stagnation wird heute schon mit einer wenigstens 10 %igen Ausgabensteigerung gerechnet, was einer Erhöhung der Ansätze um mindestens ca. 1.000.000 € entspricht. Damit wäre die Stadt Fürth immer noch unter den landesüblichen Steigerungsquoten.

Der Einnahmebereich sollte stabilisiert und damit der Ansatz 2007 erreicht werden können.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgelasten	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	Budget-Nr.
		im	<input type="checkbox"/> Vvhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	<input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. POA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref IV / JgA

Fürth, 30.3.07

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
H. Modschiedler

Tel.:
974 1535